

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhalt	XI
Einführung	1
§ 1 Ziel der Arbeit	7
§ 2 Gang der Darstellung	8
Kapitel 1 Die aktienrechtlichen Rahmenbedingungen der Untersuchung	9
§ 3 Das Vorstandsmitglied im Kompetenzgefüge des Aktienrechts	9
A. Das Vorstandsmitglied als Organwälter der AG	9
B. Die Rolle des Vorstands im Kompetenzgefüge der AG und ihre Implikationen für die Rechtsstellung der einzelnen Vorstandsmitglieder	10
§ 4 Die Rolle des Aufsichtsrats im Kompetenzgefüge der AG und seine Personalkompetenz für die Vorstandsmitglieder	12
A. Der Aufsichtsrat im Kompetenzgefüge der AG	12
B. Die Personalkompetenz des Aufsichtsrats für die Vorstandsmitglieder	13
Kapitel 2 Die Verdachtsabberufung	23
§ 5 Die Verdachtsabberufung von Vorstandsmitgliedern in der AG	23
A. Begriffsbestimmung	24
B. Die arbeitsrechtliche Verdachtskündigung	25
C. Das aktienrechtliche Meinungsspektrum zur Verdachtsabberufung	43
D. Eigenständiger Ansatz	50
§ 6 Die Verdachtsabberufung von Geschäftsführern in der GmbH	169
A. GmbH-rechtliche Rahmenbedingungen der Untersuchung	169
B. Das GmbH-rechtliche Meinungsspektrum zur Verdachtsabberufung	182
C. Eigenständiger Ansatz	183
§ 7 Resümee der zur Verdachtsabberufung gewonnenen Erkenntnisse	230
Kapitel 3 Die Suspendierung der Geschäftsleiter in der AG und der GmbH ..	235
§ 8 Begriffsbestimmung	239
A. Positive Begriffsbestimmung	239
B. Abgrenzung der Suspendierung von anderen Instituten	241

§ 9 Ausformungen einer Suspendierungsbefugnis in der deutschen Rechtsordnung – Ein Binnenrechtsvergleich	246
A. Die beamtenrechtliche Suspendierung	246
B. Die »Suspendierung« im Arbeits- und Dienstvertragsrecht	251
C. Die Suspendierung der Organstellung durch Aufsichtsbehörden	283
D. Ausformungen einer Suspendierungsbefugnis im Kerngesellschaftsrecht	294
E. Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse des Binnenrechtsvergleichs	391
§ 10 Die einseitige Suspendierung von Vorstandsmitgliedern in der AG	394
A. Normative Ausgangslage	394
B. Die historische Genese der Suspendierung von Vorstandsmitgliedern der AG	395
C. Gegenwärtiger Stand des aktienrechtlichen Diskurses	435
D. Eigenständiger Ansatz	460
§ 11 Die einvernehmliche Suspendierung von Vorstandsmitgliedern in der AG	725
A. Der bisherige Stand des rechtswissenschaftlichen Diskurses	725
B. Kritik der bisherigen Ansätze	730
C. Eigenständiger Ansatz	731
D. Ergebnis	758
§ 12 Ertrag dieses Kapitels und Konsequenzen der hier vertretenen Auffassung	759
A. Konsequenzen der Rechtswidrigkeit des Suspendierungsbeschlusses	759
B. Handlungsempfehlungen	793
§ 13 Raum für eine Suspendierungsbefugnis <i>de lege ferenda</i>	796
A. Die einseitige Suspendierung <i>de lege ferenda</i>	796
B. Die einvernehmliche Suspendierung <i>de lege ferenda</i>	801
Zusammenfassung des Ertrags in Thesenform	803
Appendix	807
A. Rechtstatsächliche Untersuchung historischer Gesellschaftsstatuten	807
B. Rechtstatsächliche Auswertung der <i>Articles of Association</i> der im FTSE 100 Index gelisteten Gesellschaften	850
C. Beschluss des LG Oldenburg v. 25.07.2008, Az. 15 O 1950/08	859
Abkürzungen	861
Literatur	873
Quellenverzeichnis	965
Sachregister	969

Inhalt

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Einführung	1
§ 1 Ziel der Arbeit	7
§ 2 Gang der Darstellung	8
Kapitel 1 Die aktienrechtlichen Rahmenbedingungen der Untersuchung	9
§ 3 Das Vorstandsmitglied im Kompetenzgefüge des Aktienrechts	9
A. <i>Das Vorstandsmitglied als Organwalter der AG</i>	9
B. <i>Die Rolle des Vorstands im Kompetenzgefüge der AG und ihre Implikationen für die Rechtsstellung der einzelnen Vorstandsmitglieder</i>	10
§ 4 Die Rolle des Aufsichtsrats im Kompetenzgefüge der AG und seine Personalkompetenz für die Vorstandsmitglieder	12
A. <i>Der Aufsichtsrat im Kompetenzgefüge der AG</i>	12
B. <i>Die Personalkompetenz des Aufsichtsrats für die Vorstandsmitglieder</i>	13
I. Korporationsrechtliche Ebene	15
1. Die Begründung des Bestellungsverhältnisses	15
2. Die Beendigung des Bestellungsverhältnisses	16
II. Anstellungsvertragliche Ebene	19
1. Die Begründung des Anstellungsverhältnisses	19
2. Die Beendigung des Anstellungsverhältnisses	20
III. Das Verhältnis der beiden Ebenen zueinander	21
Kapitel 2 Die Verdachtsabberufung	23
§ 5 Die Verdachtsabberufung von Vorstandsmitgliedern in der AG	23
A. <i>Begriffsbestimmung</i>	24
B. <i>Die arbeitsrechtliche Verdachtskündigung</i>	25
I. Grundlagen	26
II. Legitimationsgrundlage	27
III. Kritik	29
1. Vorgebrachte Bedenken	29

Inhalt

2. Replik	30
IV. Die Tatbestandsvoraussetzungen der Verdachtskündigung im Detail	32
1. Anforderungen an den Bezugspunkt des Verdachts	32
2. Anforderungen an den Verdacht	33
3. Aufklärung des Sachverhalts: Anhörung des Arbeitnehmers	34
4. Frist des § 626 Abs. 2 S. 1 BGB	39
5. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage	39
V. Wiedereinstellungsanspruch	40
 <i>C. Das aktienrechtliche Meinungsspektrum zur Verdachtsabberufung</i>	43
I. These der Unzulässigkeit der Verdachtsabberufung	43
II. Lehre von der Verdachtsabberufung	44
1. Einordnung in den Katalog des § 84 Abs. 4 AktG	45
2. Begründungsansätze	46
a) Parallele zur Verdachtskündigung	46
b) Erst-Recht-Schluss zu § 626 Abs. 1 BGB	46
c) Unzumutbarkeit des Fortbestands der Bestellung infolge des Verdachts	47
aa) Gleichwertigkeit von Verdachts- und Tatsituation	47
bb) Schutz der Unternehmensreputation	48
d) Das Konzept der Vertrauensabberufung Seibts	48
 <i>D. Eigenständiger Ansatz</i>	50
I. Grundsätzliche Bedenken gegen die Kategorie der Verdachtsabberufung	50
1. Entbehrllichkeit der Konstruktion der Verdachtsabberufung	50
2. Verstoß gegen die Unschuldsvermutung	52
3. Verfassungsrechtliche Bedenken	53
a) Teilnahme des Bestellungsverhältnisses am Schutzgehalt des Art. 12 Abs. 1 GG?	53
b) Folge der Eröffnung des Schutzbereichs des Art. 12 Abs. 1 GG	56
4. Wertung des § 76 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 AktG	57
5. Verdacht als rechtliches <i>nullum</i>	58
a) Der Verdacht in der Rechtsordnung	59
b) <i>Conclusio</i>	60
6. Zwischenergebnis	61
II. Methodische Grundlegung	61
1. Methodische Einordnung der bisherigen Ansätze	62
2. Kritik und eigenständige methodische Einordnung	62
a) Einordnung in den Katalog des § 84 Abs. 4 AktG	63
b) Methodische Einordnung der Konkretisierung von Generalklauseln	64
aa) Allgemeiner Maßstab zur Konkretisierung von Generalklauseln	67
bb) Implikationen für die Verdachtsabberufung	67
III. Die Verdachtsabberufung als unbenannter »wichtiger Grund« i.S.d. § 84 Abs. 4 S. 1 AktG	68
1. Bestimmung des Prüfungsmaßstabs für das Vorliegen eines »wichtigen Grundes« i.S.d. § 84 Abs. 4 S. 1 AktG	68
a) Reine Abwägungslehre	69
b) Modifizierte Abwägungslehre	69
c) These der Exklusivität des Gesellschaftsinteresses	70

d) Bewertung	71
aa) Normtext	71
bb) Gesetzesmaterialien	71
cc) <i>Telos</i>	72
(1) Schutz der Leitungsautonomie des Vorstands	72
(a) Notwendigkeit der Berücksichtigung »amtsbezogener« persönlicher Interessen	72
(b) Stellungnahme	73
(2) Schutz des Verbandsinteresses am Austausch seiner Organwälter	75
(3) <i>Conclusio</i>	76
dd) Systematik	76
(1) Abberufung als <i>actus contrarius</i> der Bestellung	77
(2) Leitbildcharakter der benannten Widerrufsgründe des § 84 Abs. 4 S. 2 AktG	78
(3) Quervergleich zur Rechtsstellung des GmbH- Geschäftsführers	79
(4) Kohärenz mit weiteren aktienrechtlichen Wertungen	79
(5) Interessenabwägung als allgemeiner Rechtsgrundsatz der Beendigung von Dauerschuldverhältnissen?	81
ee) Wertungsmäßige Korrektur unter dem Aspekt der Treupflicht- bindung der AG	85
ff) Ergebnis	85
2. Unzumutbarkeit des Fortbestands der Vorstandsstellung im Falle des Verdachts strafbaren oder grob pflichtwidrigen Verhaltens von Vorstandsmitgliedern	85
a) Gleichlauf von Kündigungs- und Abberufungsgrund	86
b) Die Unzumutbarkeit des Fortbestands der Amtsstellung auf Grund des durch den Verdacht induzierten Vertrauenswegfalls	87
aa) Allgemeine Erkenntnisse	89
bb) Die verdachtssinduzierte Beendigung vertrauensbasierter Dauerschuldverhältnisse aus wichtigem Grund als einheitliches rechtliches Phänomen	91
(1) Beobachtungen des Rekurses auf den Topos der Verdachtkündigung im besonderen Schuldrecht des BGB	91
(a) Allgemeines Dienstvertragsrecht	92
(b) Sonstige Dauerschuldverhältnisse	93
(c) Mietverhältnisse	95
(d) <i>Conclusio</i>	96
(2) Implikationen für den Widerruf der Bestellung von Vorstandsmitgliedern der AG	97
cc) Die Vereinbarkeit dieser Auslegung mit den Wertungen des § 84 Abs. 4 S. 2 AktG	98
c) Die Unzumutbarkeit infolge der Beeinträchtigung der corporate reputation	101
aa) <i>Corporate Reputation</i> als Begründungsansatz der Verdachts- abberufung	101
bb) Würdigung	102

(1) Grundlegung	103
(2) Implikationen für die Verdachtsabberufung	105
(3) Nähere Konturierung	107
(a) Reputationsgefahr durch die Person des Verdächtigen	108
(b) Reputationsgefahr durch den Bezugspunkt des Verdachts	110
(c) Zeitliche Dimension der Reputationsgefahr	111
(d) Schwere des Reputationsschadens	112
(e) Grenze des Rechtsmissbrauchs	113
(f) Zwischenergebnis	114
d) Verhältnis der Gefährdung der Unternehmensreputation zur Zerstörung des Vertrauensverhältnisses	114
e) Resümee	115
IV. Von der Verdachts- zur Vertrauensabberufung?	116
V. Voraussetzungen der wirksamen Verdachtsabberufung	120
1. Anforderungen an den Bezugspunkt des Verdachts	121
2. Anforderungen an den in Rede stehenden Verdacht	125
a) Objektive Tatsachenbasis	126
b) Notwendigkeit einer schuldhaften Verursachung des aufkeimenden Verdachts?	128
c) Dringender Verdacht?	128
aa) Der abweichende Ansatz <i>Schmolkes</i>	128
bb) Stellungnahme	129
d) Zwischenergebnis zu den Verdachtsanforderungen	132
3. Anhörungsobligieheit	133
a) Aktienrechtliche Ausgangslage	134
b) Anhörung als Wirksamkeitsvoraussetzung der Verdachtsabberufung?	135
aa) These des Anhörungserfordernisses	135
bb) Stellungnahme	136
(1) Kritik der Ableitung aus der organ-schaftlichen Treuepflicht	136
(2) Gewährleistung der Sachverhaltaufklärung mit den Bordmitteln des Aktienrechts	137
(3) Folgeprobleme der Gegenauffassung	138
(4) Fazit	143
4. Ausführungsfrist	143
5. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage	146
a) Allgemeine Grundsätze	146
b) Abweichende Behandlung der Verdachtsabberufung?	147
aa) Übertragung der Grundsätze der arbeitsrechtlichen Verdachtskündigung	147
bb) Stellungnahme	147
6. Nachschieben von Widerrufsgründen	150
VI. Abgrenzung zur »Tatabberufung«	151
VII. Beurteilungsspielraum und Abberufungsermessens des Aufsichtsrats	154
1. Beurteilungsspielraum	154
a) These des Beurteilungsspielraums	154
b) These der Anwendbarkeit der sog. <i>Business Judgment Rule</i>	155
c) These der vollen gerichtlichen Überprüfbarkeit	155
d) Bewertung	155

e) Abweichende Beurteilung für den Sonderfall der Verdachtsabberufung?	157
2. Ermessensentscheidung	159
a) These der gebundenen Entscheidung	159
b) These des Entschließungsermessens des Aufsichtsrats	160
c) Bewertung	162
3. Konsequenzen für die Verdachtsabberufung	163
VIII. Darlegungs- und Beweislast	164
IX. Wiederbestellungsanspruch?	164
1. Stand des gesellschaftsrechtlichen Diskurses	165
2. Würdigung	165
§ 6 Die Verdachtsabberufung von Geschäftsführern in der GmbH	169
<i>A. GmbH-rechtliche Rahmenbedingungen der Untersuchung</i>	<i>169</i>
I. Die Rechtsstellung des Geschäftsführers im Organisationsgefüge der GmbH	169
II. Die zwischen der Gesellschaft und dem Geschäftsführer bestehenden Rechtsverhältnisse	171
1. Das Bestellungsverhältnis	172
a) Die Begründung des Bestellungsverhältnisses	172
b) Die Beendigung des Bestellungsverhältnisses	174
aa) Grundsatz der freien Widerruflichkeit	175
bb) Eingeschränkte Widerruflichkeit gem. § 38 Abs. 2 S. 1 GmbHG	177
2. Das Anstellungsverhältnis	179
a) Begründung	179
b) Beendigung	180
3. Das Verhältnis der Ebenen zueinander	181
<i>B. Das GmbH-rechtliche Meinungsspektrum zur Verdachtsabberufung</i>	<i>182</i>
I. Die Verdachtsabberufung im Anwendungsbereich des § 38 Abs. 1 GmbHG	182
II. Die Verdachtsabberufung im Anwendungsbereich des § 38 Abs. 2 GmbHG	182
<i>C. Eigenständiger Ansatz</i>	<i>183</i>
I. Grundsätzliche Bedenken	183
1. Allgemeine Bedenken	183
2. Wertung des § 6 Abs. 2 S. 2 Nr. 3 a)–e) GmbHG	184
3. Zwischenergebnis	185
II. Methodische Einordnung	185
1. Methodische Einordnung der bisherigen Ansätze	186
2. Kritik und eigenständige methodische Einordnung	186
a) Einordnung in den Katalog des § 38 Abs. 2 GmbHG	186
b) Methodische Einordnung der Konkretisierung von Generalklauseln	187
III. Die Verdachtsabberufung als Fall der unbenannten »wichtigen Gründe« i.S.d. § 38 Abs. 2 S. 1 GmbHG	188
1. Bestimmung des Prüfungsmaßstabs für das Vorliegen »wichtiger Gründe« i.S.d. § 38 Abs. 2 S. 1 GmbHG	188
a) Reine Abwägungslehre	189
b) Modifizierte Abwägungslehre	190

c) These der Exklusivität des Gesellschaftsinteresses	190
d) Bewertung	191
aa) Normtext	191
bb) Gesetzesmaterialien	191
cc) <i>Telos</i>	193
dd) Systematik	193
(1) Abberufung als <i>actus contrarius</i> der Bestellung	194
(2) Leitbildcharakter der benannten Widerrufsgründe des § 38 Abs. 2 S. 2 GmbHG	194
(3) Quervergleich zur Abberufbarkeit von AG-Vorstandsmitgliedern	195
(4) Kohärenz mit der Ausgestaltung der Organstellung des Geschäftsführers	196
(5) <i>Conclusio</i>	198
ee) Wertungsmäßige Korrektur in Sonderkonstellationen	198
(1) Gesellschafter-Geschäftsführer ohne mitgliedschaftliches Sonderrecht zur Geschäftsführung	198
(2) Gesellschafter-Geschäftsführer mit mitgliedschaftlichem Sonderrecht zur Geschäftsführung	200
ff) Zwischenergebnis	201
2. Subsumtion der Verdachtskonstellation unter den so gefundenen Begriff der »wichtigen Gründe«	201
a) Gleichlauf von Kündigungs- und Abberufungsgrund	201
b) Parallele zu § 84 Abs. 4 S. 1 AktG	203
c) Die Unzumutbarkeit des Fortbestands der Amtsstellung im Falle des Verdachts strafbaren oder grob pflichtwidrigen Verhaltens von GmbH-Geschäftsführern	203
aa) Die Unzumutbarkeit des Fortbestands der Amtsstellung auf Grund des durch den Verdacht induzierten Vertrauenswegfalls	203
(1) Die Vertrauensabberufung im Kontext des § 38 Abs. 2 S. 1 GmbHG	204
(2) Die Verdachtsabberufung als eigenständige Fallgruppe im Rahmen des § 38 Abs. 2 S. 1 GmbHG	206
bb) Die verdachtsinduzierte Beendigung vertrauensbasierter Dauerschuldverhältnisse aus wichtigem Grund als einheitliches rechtliches Phänomen	207
cc) Unternehmensreputation	208
d) Zwischenergebnis	209
IV. Voraussetzungen der wirksamen Verdachtsabberufung	209
1. Übertragbarkeit des aktienrechtlichen Maßstabs	210
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen im Einzelnen	210
a) Anforderungen an den Bezugspunkt des Verdachts	211
b) Anforderungen an den in Rede stehenden Verdacht	212
c) Anhörungsobligieheit	213
aa) These von der Anhörungspflicht	213
bb) Stellungnahme	214
(1) Fakultatives Gesellschaftsorgan als Abberufungsorgan	214
(2) Gesellschafterversammlung als Abberufungsorgan	215

d) Ausübungfrist	218
3. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Abberufung	219
4. Nachschieben von Gründen	220
V. Abgrenzung zur Tataberufung	221
VI. Gerichtliche Überprüfungstiefe	222
1. These der vollen gerichtlichen Überprüfbarkeit	222
2. These der Vertretbarkeitsprüfung	222
3. These der Anwendbarkeit der sog. Business Judgment Rule	223
4. Stellungnahme	223
VII. Darlegungs- und Beweislast	225
VIII. Wiederbestellungsanspruch	226
§ 7 Resümee der zur Verdachtsabberufung gewonnenen Erkenntnisse	230
Kapitel 3 Die Suspendierung der Geschäftsleiter in der AG und der GmbH	235
§ 8 Begriffsbestimmung	239
A. Positive Begriffsbestimmung	239
B. Abgrenzung der Suspendierung von anderen Instituten	241
I. Abgrenzung zur sog. Dienstbefreiung	241
1. Einvernehmliche Dienstbefreiung	241
2. Einseitige Dienstbefreiung	244
3. Abgrenzung zur Suspendierung	244
II. Abgrenzung zur anstellungsvertraglichen Freistellung	244
III. Zwischenergebnis	245
§ 9 Ausformungen einer Suspendierungsbefugnis in der deutschen Rechtsordnung – Ein Binnenrechtsvergleich	246
A. Die beamtenrechtliche Suspendierung	246
I. § 66 BBG	246
1. Die gesetzliche Regelung	247
2. Der Regelungszweck	248
II. § 38 BDG	248
1. Die gesetzliche Regelung	249
2. Der Regelungszweck	250
B. Die »Suspendierung« im Arbeits- und Dienstvertragsrecht	251
I. Arbeitsrecht	252
1. Einseitige Freistellung	252
a) Begründungsansätze	252
aa) <i>Argumentum a maiore ad minus</i>	253
bb) Freistellung als Folge des dispensierten allgemeinen arbeitsrechtlichen Beschäftigungsanspruchs	254
(1) Allgemeiner arbeitsrechtlicher Beschäftigungsanspruch	254

Inhalt

(2) Interdependenz von Beschäftigungsanspruch und Freistellungsbefugnis	257
b) Voraussetzungen	262
c) Rechtsfolgen	264
2. Einvernehmliche Freistellung	265
II. Dienstvertragsrecht	266
1. Grundsatz	266
2. Übertragbarkeit der arbeitsrechtlichen Grundsätze	266
3. Möglichkeit der Freistellung eines Dienstgebers nach arbeitsrechtlichen Grundsätzen	268
III. Übertragbarkeit dieser Grundsätze auf das Anstellungsverhältnis von Exekutivorganmitgliedern der AG und GmbH	268
1. Vorstandsmitglied der AG	268
a) Arbeitnehmerstatus des Vorstandsmitglieds	269
b) Die Freistellung von der anstellungsvertraglichen Tätigkeitspflicht	270
aa) Die anstellungsvertragliche Freistellung während der intakten Bestellung	270
bb) Die anstellungsvertragliche Freistellung nach Beendigung der Bestellung	271
2. Geschäftsführer der GmbH	273
a) Arbeitnehmerstatus des GmbH-Geschäftsführers	274
b) Die Freistellung von der anstellungsvertraglichen Tätigkeitspflicht	276
aa) Die anstellungsvertragliche Freistellung während der intakten Bestellung	277
bb) Die anstellungsvertragliche Freistellung nach Beendigung der Bestellung	278
(1) Meinungsstand	278
(2) Bewertung	279
3. Zwischenergebnis	281
IV. Fazit	281
C. <i>Die Suspendierung der Organstellung durch Aufsichtsbehörden</i>	283
I. Versicherungsaufsichtsrecht	283
1. Das Tätigkeitsverbot	284
2. Der Sonderbeauftragte	285
II. Bankenaufsichtsrecht	288
1. Das Tätigkeitsverbot	289
a) § 36 Abs. 1 S. 1 Var. 2 KWG	289
b) § 46 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 KWG	290
2. Der Sonderbeauftragte	291
III. Zwischenergebnis	294
D. <i>Ausformungen einer Suspendierungsbefugnis im Kerngesellschaftsrecht</i>	294
I. Die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern der eG	295
1. Anwendungsbereich	295
2. Voraussetzungen	297
3. Verfahren	298
4. Rechtsfolge	298
5. Die einvernehmliche Suspendierung	302

6.	Zwischenergebnis	304
II.	Die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern des Vereins	304
	1. Die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern des Vereins	305
	2. Ergebnis	308
III.	Die Suspendierung von Geschäftsführern der GmbH	310
	1. Die Suspendierung als Inhalt einer einstweiligen Verfügung	310
	a) Einstweilige Verfügung im Vorfeld der Abberufung	311
	aa) Verfügungsanspruch	314
	bb) Verfügungsgrund	317
	cc) Antragsbefugnis	319
	dd) Verfügungsinhalt	322
	b) Einstweilige Verfügung im Nachgang der Abberufung	325
	aa) Verfügungsanspruch	326
	bb) Verfügungsgrund	328
	cc) Antragsbefugnis	329
	dd) Verfügungsinhalt	330
	c) Ertrag	331
	2. Die Suspendierung als korporationsrechtlicher Akt	332
	a) Stand des GmbH-rechtlichen Diskurses	333
	aa) These von der gesellschafterlichen Weisung	333
	bb) Lehre von der Suspendierungsbefugnis	335
	(1) Rechtsfolgen der Suspendierung	335
	(2) Voraussetzungen der Suspendierung	336
	(a) Freie Widerruflichkeit der Bestellung, § 38 Abs. 1 GmbHG	337
	(b) Eingeschränkte Widerruflichkeit der Bestellung, § 38 Abs. 2 S. 1 GmbHG	338
	(3) Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Gesellschaft	339
	b) Exkurs: Rechtsvergleichender Seitenblick nach Österreich	339
	aa) Grundlagen des österreichischen GmbH-Rechts	340
	bb) Die Suspendierung des Geschäftsführers im österreichischen GmbH-Recht	343
	(1) Die Suspendierungsbefugnis der Gesellschafterversammlung	343
	(2) Die Suspendierungsbefugnis des Aufsichtsrats	346
	cc) Rechtsvergleichender Ertrag	349
	c) Eigenständiger Ansatz	350
	aa) Methodische Einordnung	351
	(1) Allgemeine methodische Einordnung	351
	(2) Kritik an der Lehre von der Suspendierungsbefugnis	353
	bb) Kondensierung einer Suspendierungsbefugnis im Wege der Auslegung des § 38 GmbHG	354
	(1) Grammatische Auslegung	355
	(2) Historische Genese und <i>telos</i> der Norm	356
	(3) Systematik	357
	(4) Zwischenergebnis	359
	cc) Kreation einer Suspendierungsbefugnis im Wege der einfachen Rechtsfortbildung	359
	(1) Lücke des Gesetzes	360

	(a) (Verdachts-)Abberufung	361
	(b) Zölibatsklausel	363
	(c) Tätigkeitsverbotsweisung	366
	(2) Wertungsäquivalenz der Sachverhalte	369
dd)	Ergebnis	372
d)	Folgen der hier vertretenen Weisungslösung	373
	aa) Tatbestandliche Voraussetzungen der Tätigkeitsverbotsweisung	373
	(1) Zuständigkeit	373
	(2) Erfordernis des wichtigen Grundes?	375
	(3) Anhörungsobligation?	377
	(4) Zeitliche Höchstfrist?	377
	(5) Erfordernis eines weiteren voll geschäftsführungsbefugten Geschäftsführers?	378
bb)	Tragfähigkeit der Weisungslösung in Sondersituationen	380
	(1) Gesellschafter-Geschäftsführer ohne mitgliedschaftliches Sonderrecht zur Geschäftsführung	381
	(2) Gesellschafter-Geschäftsführer mit mitgliedschaftlichem Sonderrecht zur Geschäftsführung	383
	(3) Mitbestimmte GmbH	385
	(a) Reichweite des Weisungsrechts in der mitbestimmten GmbH	386
	(b) Der Arbeitsdirektor als Adressat der Tätigkeitsverbotsweisung	387
	(4) Zwischenergebnis	388
cc)	Möglichkeit der anstellungsvertraglichen Regelung	388
dd)	Folgen eines Zu widerhandelns gegen die Tätigkeitsverbotsweisung	388
ee)	Einvernehmliche »Suspendierung«	389
e)	Resümee	390
E.	Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse des Binnenrechts-vergleichs	391
§ 10 Die einseitige Suspendierung von Vorstandsmitgliedern in der AG		394
A.	Normative Ausgangslage	394
B.	Die historische Genese der Suspendierung von Vorstandsmitgliedern der AG	395
I.	Die Frühzeit der AG in den deutschen Ländern	395
	1. Aktienrechtliche Kodifikationsgenese	395
	2. Die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern der AG	397
	a) Auswertung der Statuten aus der preußischen Gesetzessammlung	398
	aa) Suspendierungsorgan	399
	bb) Suspendierungsgrund	399
	cc) Suspendierungsverfahren	400
	dd) Rechtsnatur dieser Suspendierungsbefugnisse	401
	b) Fazit	402
II.	Das ADHGB von 1861	402

1.	Der Aufsichtsrat	402
2.	Die Personalkompetenz	403
3.	Die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern der AG	404
a)	Literarische Rezeption	404
b)	Statutenanalyse	404
c)	Rechtsnatur der Suspendierung	406
d)	Fazit	406
III.	Erste Aktienrechtsnovelle vom 11. Juni 1870	407
1.	Der Aufsichtsrat	407
2.	Die Personalkompetenz	408
3.	Die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern der AG	409
a)	Entscheidung des ROHG vom 02. Juni 1874	409
b)	Literarische Rezeption der Suspendierung von Vorstandsmitgliedern	410
IV.	Zweite Aktienrechtsnovelle vom 18. Juli 1884	411
1.	Der Aufsichtsrat	412
2.	Die Personalkompetenz	413
3.	Die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern der AG	414
V.	Das HGB vom 10. Mai 1897	415
1.	Der Aufsichtsrat	415
2.	Die Personalkompetenz	416
3.	Die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern der AG	417
a)	Rechtstatsächlicher Befund	417
b)	RG, Entscheidung vom 06.03.1914	417
c)	Literarische Rezeption der Suspendierung	418
d)	Zwischenergebnis	420
VI.	AktG 1937	421
1.	Der Aufsichtsrat	422
2.	Personalkompetenz	423
3.	Die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern der AG	425
a)	Literarische Rezeption der Suspendierung	425
b)	Fazit	426
VII.	AktG 1965	427
1.	Der Aufsichtsrat nach der Konzeption des AktG 1965	428
2.	Die Personalkompetenz des Aufsichtsrats für den Vorstand	428
3.	Die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern der AG	429
a)	Rezeption der Suspendierung durch die Rechtsprechung	429
b)	Literarische Rezeption der Suspendierung	429
VIII.	Zusammenfassung und Fazit	431
C.	<i>Gegenwärtiger Stand des aktienrechtlichen Diskurses</i>	435
I.	Lehre vom numerus clausus des § 84 Abs. 4 S. 1 AktG	435
II.	Lehre von der Suspendierungsbefugnis	439
1.	Wirkung der Suspendierung	440
2.	Verfahrensanforderungen	443
3.	Suspendierungsgrund	446
a)	Restriktive Lehre von der Suspendierungsbefugnis	446
b)	Extensive Lehre von der Suspendierungsbefugnis	448
4.	Suspendierungsdauer	452
5.	Grenzen der Zulässigkeit	455

6. Reaktionsmöglichkeiten des Suspendierten	455
7. Verhältnis zur Verdachtsabberufung	458
III. Zwischenergebnis	459
 D. Eigenständiger Ansatz	460
I. Notwendigkeit einer Befugnisnorm	460
1. Übertragung des Vorbehalts des Gesetzes	460
2. Die Kompetenzordnung des Aktiengesetzes als Maßstab der Organbefugnisse	464
3. Zwischenergebnis	467
II. Methodische Anforderungen an die Begründung einer ungeschriebenen Suspendierungsbefugnis des Aufsichtsrats	467
1. Kritik der bisherigen Begründungsansätze im Lichte der Methodenehrlichkeit	467
2. Methodische Anforderungen an die Begründung der Suspendierung als ungeschriebenes Institut <i>sui generis</i>	470
3. Implikationen für den weiteren Gang der Untersuchung	472
III. Kondensierung der Suspendierungsbefugnis im Wege der Auslegung der lex lata	475
1. § 23 Abs. 5 AktG als kompetenzrechtliche Verbotsnorm	476
2. §§ 77 Abs. 2 S. 1 Var. 3 i.V.m. Abs. 1 S. 2 Hs. 1 AktG i.V.m. 82 Abs. 2 AktG als normative Anknüpfungspunkte für eine Suspendierungsbefugnis	479
a) Zulässigkeit des vollständigen Entzugs der Geschäftsführungsbeauftragung	480
aa) Wortlaut	482
bb) Historische Genese	482
cc) Systematik	484
(1) Systematischer Vergleich zum GmbH-Recht	484
(2) Grundsatz der Gleichberechtigung sämtlicher Vorstandsmitglieder	486
(3) Wertungswiderspruch zu § 84 Abs. 4 S. 1 AktG	488
b) Zwischenergebnis	489
3. § 84 Abs. 4 S. 1 AktG als normativer Anknüpfungspunkt der Suspendierungsbefugnis	489
a) Abschließender Charakter im Hinblick auf die Beendigung des Bestellungsverhältnisses	491
b) Abschließender Charakter im Hinblick auf das Vorliegen des wichtigen Grundes	491
aa) Ableitung der Suspendierungsbefugnis aus einem durch § 84 Abs. 4 S. 1 AktG gewährten Auswahlgremien	492
(1) Konsequenzen einer Ableitung der Suspendierungsbefugnis aus der Anerkennung eines Auswahlgremiens des Aufsichtsrats	492
(2) Bestehen eines Auswahlgremiens?	494
(3) Suspendierung als vom Abberufungsgremien gedecktes Institut?	494
(4) Grundlegende Einwände gegen diesen Ansatz	496
bb) Zwischenergebnis	497

c) Ergebnis	497
4. § 84 Abs. 3 AktG n.F. als normativer Anknüpfungspunkt der Suspendierungsbefugnis	497
5. § 111 Abs. 1 AktG als normativer Anknüpfungspunkt der Suspendierungsbefugnis	498
6. Ableitung der Suspendierungsbefugnis aus der organschaftlichen Treuepflicht	500
a) Einpassung in die konsentierte Kasuistik der organschaftlichen Treuepflicht	500
aa) Konkretisierung der organschaftlichen Treuepflicht	501
bb) Einpassung der Suspendierung in die konsentierten Fallgruppen	501
b) Organschaftliche Treuepflicht oder aktienrechtliche Fürsorgepflicht als Anknüpfungspunkt?	503
c) Methodische Bedenken gegen diese Lösung unter dem Gesichtspunkt der verdeckten Rechtsfortbildung	505
d) Zwischenergebnis	507
7. Ergebnis	508
IV. Konstruktion der Suspendierungsbefugnis im Wege der einfachen Rechtsfortbildung	508
1. Bestehen einer Lücke im Gesetz	510
a) Unvollständigkeit des Gesetzes	511
aa) Annahme einer Gesetzeslücke durch <i>Dörrwächter</i>	511
bb) Existenz lückenschließender verdeckter Regelungen?	511
(1) Proklamierte rechtspraktische Bedürfnisse für eine Suspendierungsbefugnis des Aufsichtsrats	512
(2) Aktienrechtliche »Bordmittel« zur Befriedigung dieser Bedürfnisse	513
(a) Kontrolle durch den Gesamtvorstand	513
(b) Kontrolle der laufenden Geschäftsführungstätigkeit durch den Aufsichtsrat	514
(c) Informelle Einwirkungsinstrumente des Aufsichtsrats	516
(d) (Einvernehmliche) Dienstbefreiung	517
cc) Resümee	519
b) Planwidrigkeit der Unvollständigkeit	521
c) Zwischenergebnis	523
2. Ausfüllen der Lücke	523
a) Genereller Einwand: Unschuldsvermutung	523
b) Im Wege der Einzelanalogie zu § 40 GenG	524
aa) Historische Genese des § 40 GenG	525
bb) Der Regelungszweck des § 40 GenG	529
cc) Bewertung der Tragfähigkeit des Analogieschlusses	530
dd) Ergebnis	532
c) Im Wege der Einzelanalogie zu § 84 Abs. 4 S. 1 AktG	532
aa) Methodische Zulässigkeit der Teilanalogie?	533
bb) Suspendierung als <i>minus</i> zur Abberufung	535
(1) Extensive Lehre von der Suspendierungsbefugnis	535
(2) Restriktive Lehre von der Suspendierungsbefugnis	536

(a) Validität der These vom »minus«-Charakter der Suspendierung	537
(b) Eignung der Suspendierung zur Verfolgung der § 84 Abs. 4 S. 1 AktG zugrunde liegenden Normzwecke?	539
(3) Zwischenergebnis	540
cc) Suspendierungsbefugnis als Annexkompetenz oder Kompetenzkraft Sachzusammenhangs?	541
(1) Methodischer Hintergrund	541
(2) Anwendung auf die Suspendierungsproblematik	543
dd) Ergebnis	545
d) Im Wege der analogen Anwendung der arbeitsrechtlichen Freistellungsgrundsätze	545
aa) Kritik der Darlegung der Analogievoraussetzungen	546
bb) Methodologische Zulässigkeit der analogen Anwendung von Richterrecht?	550
e) Im Wege der Einzelanalogie zu § 38 Abs. 1 S. 1 BDG bzw. § 66 S. 1 BBG	552
aa) § 38 Abs. 1 S. 1 BDG	552
bb) § 66 S. 1 BBG	553
f) Im Wege der Einzelanalogie zur Mandatspausenregelung in § 84 Abs. 3 AktG n.F.	554
g) Im Wege der Gesamtanalogie zur Suspendierung im Genossenschafts-, GmbH- und Vereinsrecht	555
3. Ergebnis zum Versuch der Kreation der Suspendierung im Wege der gesetzesimmanenten Rechtsfortbildung	556
V. Kreation einer Suspendierungsbefugnis im Wege der gesetzesübersteigenden Rechtsfortbildung <i>praeter legem</i>	556
1. Legitimationsgrundlage für eine Rechtsfortbildung <i>praeter legem</i>	558
a) Unabweisbares Verkehrsbedürfnis	558
aa) Bestehen des praktischen Bedürfnisses	560
(1) Anekdotische Annäherung an die Existenz von Suspendierungen von AG-Vorstandsmitgliedern in der Rechtspraxis	560
(2) Konkretisierung des praktischen Bedürfnisses	567
(a) In der juristischen Literatur diskutierte Motivlagen	567
(b) Überprüfung anhand der vorgestellten Beispiele aus der Rechtspraxis	568
bb) Unabweisbarkeit des Bedürfnisses	569
(1) Tauglichkeit der Suspendierung zur Befriedigung des praktischen Bedürfnisses	570
(2) Bedürfnisbefriedigung mittels normativ gesicherter Instrumentarien	571
cc) Zwischenergebnis	573
b) Konsens und allgemeine Rechtsüberzeugung als Rechtfertigung der Rechtsfortbildung	573
aa) Allgemeine Umschreibung dieser Legitimationsgrundlage	573
bb) Die Lehre von der Suspendierungsbefugnis als konsentierte Rechtsüberzeugung?	575

cc) Bewertung	575
(1) Gegenauuffassung und Bruch der historischen Tradition	575
(2) Voraussetzungen der Qualifikation einer Rechtsauffassung als »gefestigt«	576
c) Suspendierung als rechtsvergleichendes <i>legal transplant</i>	579
aa) Österreich	582
(1) Grundlagen des österreichischen Aktienrechts	582
(2) Die Suspendierung von Vorstandsmitgliedern in der österreichischen Diskussion	584
(a) Die Suspendierung in der Rechtsprechung des OGH	585
(b) Stand des wissenschaftlichen Diskurses	587
(aa) Die österreichische Lehre von der Suspendierungsbefugnis	587
(bb) Die These vom abschließenden Charakter des Bestellungswiderrufs	593
bb) Polen	595
(1) Grundlagen des polnischen Aktienrechts	597
(2) Die Suspendierung der Vorstandsmitglieder	603
cc) Schweiz	606
(1) Grundlagen des schweizerischen Aktienrechts	607
(2) Die Suspendierungsbefugnisse des schweizerischen Aktienrechts	612
(a) Die Suspendierung der Bevollmächtigten und Beauftragten durch den Verwaltungsrat	612
(aa) Die Suspendierung der von der Generalversammlung bestellten Bevollmächtigten und Beauftragten durch den Verwaltungsrat	612
(bb) Die Suspendierung der durch den Verwaltungsrat bestellten Ausschüsse, Delegierten, Direktoren und anderen Bevollmächtigten und Beauftragten durch den Verwaltungsrat	614
(b) Die Suspendierung von Verwaltungsratsmitgliedern	615
(aa) Durch die Generalversammlung	615
(bb) Durch den Gesamtverwaltungsrat	615
dd) Vereinigtes Königreich	621
(1) Grundlagen des <i>UK Company Law</i>	622
(2) Die Suspendierung der <i>directors</i>	632
(a) Die <i>suspension</i> des <i>employment contract</i>	633
(b) Die <i>suspension</i> des <i>executive office</i>	636
ee) USA	640
(1) Organisationsverfassung der <i>corporation</i>	641
(2) Die Abberufungsbefugnis	647
(a) Die Befugnis zur Abberufung der <i>directors</i>	647
(b) Die Befugnis zur Abberufung der <i>executive officers</i>	653
(3) Die <i>suspension</i>	656
(a) Die <i>suspension</i> der <i>directorship</i>	656
(b) Die <i>suspension</i> des <i>executive office</i>	657
(aa) <i>Corporation Statutes</i>	658

(bb) <i>Bylaw</i> -Bestimmungen	659
(cc) <i>Employment Contract</i>	660
(c) Implikationen für die <i>directorship</i>	660
ff) Gesamtwürdigung der rechtsvergleichenden Erkenntnisse	660
(1) Die Suspendierungsbefugnis als Kompensation der fehlenden Abberufungskompetenz	661
(2) Die Korrelation von Suspendierungsbefugnis und freier Widerruflichkeit der Bestellung	661
(3) Satzungsfreiheit und Mandatstheorie	663
(4) Übertragbarkeit auf das deutsche Aktienrecht	663
(a) Ausschließliche, zwingende Abberufungszuständigkeit des Aufsichtsrats	663
(b) (Beschränkter) personeller Bestandsschutz der Vorstandsmitglieder als zwingende Folge der konsequent umgesetzten dualistischen Verwaltungsstruktur	664
(c) Korrelation von Suspendierungsbefugnis und Mandatstheorie	665
(d) Realisierung der Schadensprävention auf haftungsrechtlicher Ebene	666
(e) Resümee	669
d) Zwischenergebnis	670
2. Vereinbarkeit der <i>praeter legem</i> konstruierten einseitigen Suspendierung von Vorstandsmitgliedern mit den der Organisationsverfassung der AG zugrunde liegenden legislativen Wertentscheidungen	671
a) Kollision mit schutzwürdigen Informationsinteressen des Rechtsverkehrs	672
aa) Bisherige Ansätze in der Lehre	672
(1) Die Ausführungen <i>Gerd Kriegers</i>	674
(2) Die Ausführungen <i>Stefan Ungers</i>	674
bb) Bewertung	675
(1) Existenz eines schutzwürdigen Informationsinteresses des Rechtsverkehrs	675
(2) Kollision mit der Konstruktion einer Suspendierung von Vorstandsmitgliedern?	676
(a) Handelsregisterliche Publikationspflicht	677
(aa) Handelsregisterliche Publikationspflicht einer Suspendierung nach Maßgabe der Lehre von der Suspendierungsbefugnis	677
(bb) Handelsregisterliche Publikationspflicht einer an § 40 GenG orientierten Suspendierung	678
(b) Namhaftmachen der Vorstandsmitglieder auf den Geschäftsbriefen sowie im Anhang des Jahresabschlusses	680
(c) Existenz einer <i>ad-hoc</i> -Veröffentlichungspflicht	682
(aa) Erfüllen des Tatbestands des Art. 17 Abs. 1 MMVO	682
(bb) Aufschubmöglichkeit gem. Art. 17 Abs. 4 MMVO? . .	684
(3) Fazit	688

b) Vereinbarkeit mit der grundsätzlich zwingend ausgestalteten Pflichtenstellung des Vorstandsmitglieds	688
aa) Dispens der Partizipation an der Gesamtverantwortung als Rechtsfolge der Suspendierung?	689
bb) Dispens der übrigen aus der Bestellung fließenden Pflichten	690
cc) Bewertung	691
dd) Folge für die Anerkennung der Rechtsfortbildung?	694
c) Vereinbarkeit mit den Grundsätzen der Vorstandshaftung	696
aa) Bisherige Äußerungen im rechtswissenschaftlichen Diskurs	697
bb) Bewertung	697
cc) Folge für die Anerkennung der Rechtsfortbildung?	698
d) Vereinbarkeit mit den Wertungen des § 77 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 S. 1 Var. 2, 3 AktG	700
e) Vereinbarkeit mit den Wertungen des § 84 Abs. 4 S. 4 AktG	700
aa) Keine analoge Anwendung des § 84 Abs. 4 S. 4 AktG auf die Suspendierung?	701
bb) Fiktion mit den Wertungen des § 84 Abs. 4 S. 4 AktG sowie dem Charakter des Bestellungswiderrufs als Gestaltungserklärung?	703
(1) Unklarheit der Rechtsfolgen	703
(2) Schwebezustand des Bestellungsverhältnisses	704
f) Vereinbarkeit mit den gesetzlichen Wertungen des § 84 Abs. 3 AktG n.F.	707
g) Vereinbarkeit mit den gesetzlichen Wertungen des § 84 Abs. 4 S. 1 AktG	708
aa) Beendigungsmöglichkeit des Vorstandsmandats	708
bb) Schutz der Leitungsverantwortung	709
(1) Vereinbarkeit der extensiven Lehre von der Suspendierungsbefugnis mit der gesetzgeberischen Wertentscheidung für die Etablierung der Abberufungsschwelle des § 84 Abs. 4 S. 1 AktG	710
(a) Herkunft, Konkretisierung und Übertragbarkeit der Schwelle des »billigenswerten Interesses« auf das Aktienrecht	710
(b) Maßstab zur Bestimmung des »wichtigen Grundes« i.S.d. § 84 Abs. 4 S. 1 AktG	711
(c) Systematisches Einfallstor für ein Einfügen der rechtsfortbildend geschaffenen Suspendierung in das Aktienrecht	712
(2) Vereinbarkeit der restriktiven Lehre von der Suspendierungsbefugnis mit der gesetzgeberischen Wertentscheidung für die Etablierung der Abberufungsschwelle des § 84 Abs. 4 S. 1 AktG	713
h) Vereinbarkeit mit dem Charakter des Bestellungswiderrufs als Gestaltungserklärung?	715
i) Vereinbarkeit mit der Weisungsunabhängigkeit der Vorstandsmitglieder, § 76 Abs. 1 AktG	717

j) Vereinbarkeit einer die Vertretungsbefugnis umfassenden Suspendierung mit den Wertungen der § 78 Abs. 2 S. 1, Abs. 3 S. 1, 2 AktG	718
k) Zwischenergebnis	722
3. Ergebnis des Versuchs der Gewinnung der Suspendierungsbefugnis im Wege der gesetzesübersteigenden Rechtsfortbildung	722
VI. Gesamtergebnis	723
§ 11 Die einvernehmliche Suspendierung von Vorstandsmitgliedern in der AG	725
A. <i>Der bisherige Stand des rechtswissenschaftlichen Diskurses</i>	725
I. Lehre von der einvernehmlichen Suspendierung	725
1. Tatbestandliche Anforderungen an die einvernehmliche Suspendierung	726
a) Extensive Lehre von der einvernehmlichen Suspendierung	726
b) Restriktive Lehre von der einvernehmlichen Suspendierung	728
2. Zuständigkeit, Rechtsfolgen und Grenzen	729
II. These von der Unzulässigkeit der einvernehmlichen Suspendierung	729
B. <i>Kritik der bisherigen Ansätze</i>	730
C. <i>Eigenständiger Ansatz</i>	731
I. Methodische Anforderungen an die Herleitung der einvernehmlichen Suspendierung	731
1. Methodische Bewertung	732
a) Methodische Qualifikation der einvernehmlichen Beendigung des Bestellungsverhältnisses	732
b) Implikationen für die methodischen Anforderungen an die Ableitung der Rechtmäßigkeit der einvernehmlichen Suspendierung	733
2. Sachliche Bewertung	733
a) Restriktive Lehre von der einvernehmlichen Suspendierung	734
b) Extensive Lehre von der einvernehmlichen Suspendierung	734
3. Zwischenergebnis	735
II. Konstruktion der einvernehmlichen Suspendierung im Wege der gesetzesübersteigenden Rechtsfortbildung praeter legem	735
1. Legitimationsgrundlage	735
a) Rechtsvergleichende Erkenntnisse	735
b) Allgemein konsentierte Rechtsauffassung	736
c) Unabweisbares Verkehrsbedürfnis	737
aa) Anekdotische Annäherung an die Existenz von einvernehmlichen Suspendierungen von AG-Vorstandsmitgliedern in der Rechtspraxis	738
bb) Unabweisbarkeit des Verkehrsbedürfnisses	741
(1) Urlaubsvereinbarung	741
(2) Einvernehmliche Dienstbefreiung	742
(3) Kombination aus einvernehmlicher Beendigung des Bestellungsverhältnisses und aufschließend befristeter Wiederbestellung	744
(a) Rechtmäßigkeit einer solchen Konstruktion	744

(b) Vergleich dieser Konstruktion mit der einvernehmlichen Suspendierung	747	
(4) Zwischenergebnis	749	
d) Fazit	750	
2. Vereinbarkeit der <i>praeter legem</i> zu konstruierenden einvernehmlichen Suspendierung von Vorstandsmitgliedern mit den der Organisationsverfassung der AG zugrundliegenden legislativen Wertentscheidungen	750	
a) Kollision mit schutzwürdigen Informationsinteressen des Rechtsverkehrs	750	
b) Vereinbarkeit mit der grundsätzlich zwingend ausgestalteten Pflichtenstellung des Vorstands und der damit korrelierenden Haftung	751	
aa) Extensive Lehre von der einvernehmlichen Suspendierung	751	
bb) Restriktive Lehre von der einvernehmlichen Suspendierung	752	
c) Vereinbarkeit mit den Normzwecken des § 84 Abs. 4 S. 1 AktG	753	
d) Vereinbarkeit mit dem in § 84 Abs. 4 S. 4 AktG zum Ausdruck gebrachten Bedürfnis nach Rechtssicherheit und -klarheit	754	
e) Vereinbarkeit mit der in § 84 Abs. 3 AktG n.F. zum Ausdruck kommenden gesetzgeberischen Wertentscheidung	756	
f) Fazit	757	
D. Ergebnis	758	
§ 12 Ertrag dieses Kapitels und Konsequenzen der hier vertretenen Auffassung		759
A. Konsequenzen der Rechtswidrigkeit des Suspendierungsbeschlusses	759	
I. Umdeutbarkeit?	759	
II. Reaktionsmöglichkeiten des betroffenen Vorstandsmitglieds	762	
1. Gerichtlicher Rechtsschutz	762	
a) Eilrechtsschutz	762	
aa) Verfügungsantrag	762	
bb) Verfügungsanspruch	763	
cc) Verfügunggrund	764	
dd) Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache	764	
ee) Fazit	765	
b) Hauptsacheverfahren	765	
aa) Entfallen des Feststellungsinteresses	767	
(1) Abberufung während des laufenden Prozesses	767	
(2) Amtsniederlegung	768	
(3) Einvernehmliche Beendigung des Bestellungsverhältnisses; reguläres Amtszeitende	769	
(4) Wiederaufnahme der Tätigkeit im Nachgang der Suspendierung	769	
bb) Erledigungserklärung	769	
2. Amtsniederlegung und Kündigung des Anstellungsvertrags	770	
III. Konsequenzen für die beteiligten Aufsichtsratsmitglieder	771	
1. Haftungsrisiko der Aufsichtsratsmitglieder	772	
a) Schaden	772	

aa) Reputationsvermögensschaden	772
bb) Suspendierungsinduzierte Amtsniederlegung des betroffenen Vorstandsmitglieds	773
b) Pflichtverletzung	773
aa) Anwendbarkeit der sog. <i>Business Judgment Rule?</i>	774
(1) Unternehmerische Entscheidung	774
(2) Kompetenzverstoß	775
bb) <i>Legal Judgment Rule?</i>	776
(1) Ausgangslage	777
(2) Lösung auf Ebene der Pflichtverletzung	778
(3) Bewertung	779
c) Verschulden	781
aa) Unvermeidbarer Rechtsirrtum: Grundlagen	782
bb) Unvermeidbarer Rechtsirrtum: Subsumtion	783
(1) Unsorgfältiger Rechtsrat	783
(2) Sorgfältiger Rechtsrat	784
(a) Meinungsspektrum	785
(b) Grundkonsens	786
(c) Anwendung auf den hiesigen Fall	787
(aa) Einvernehmliche Suspendierung	787
(bb) Einseitige Suspendierung	788
d) Ergebnis	791
2. Reaktion der Aktionäre	791
a) Abberufung	791
b) Verweigerung der Entlastung	791
IV. Fazit	793
B. Handlungsempfehlungen	793
§ 13 Raum für eine Suspendierungsbefugnis de lege ferenda?	796
A. Die einseitige Suspendierung de lege ferenda	796
I. Raum für eine Suspendierungsnorm im Kontext der beschränkten Abberufbarkeit?	796
II. Raum für eine Suspendierungsbefugnis in einem System freier Abberufbarkeit de lege ferenda	797
1. Gründe für eine Abkehr vom Dogma der eingeschränkten Widerruflichkeit der Vorstandsbestellung	798
2. Bewertung	799
B. Die einvernehmliche Suspendierung de lege ferenda	801
Zusammenfassung des Ertrags in Thesenform	803
Appendix	807
A. Rechtstatsächliche Untersuchung historischer Gesellschaftsstatuten	807
I. Zeitraum zwischen 1824 und 1861	807
II. Zeitraum zwischen 1862 und 1870	838

<i>B. Rechtstatsächliche Auswertung der Articles of Association der im FTSE 100 Index gelisteten Gesellschaften</i>	850
I. Ausgesonderte Gesellschaften	850
II. Ausgewertete Gesellschaften	851
<i>C. Beschluss des LG Oldenburg v. 25.07.2008, Az. 15 O 1950/08</i>	859
Abkürzungen	861
Literatur	873
Quellenverzeichnis	965
Sachregister	969